

St. Pölten, 4. März 2022

Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister!

Die NÖ Landespersonalvertretung ist die gesetzliche DienstnehmerInnenvertretung für über 15.000 Bedienstete des Landes Niederösterreich. Darunter fallen sämtliche Kolleginnen und Kollegen der Bezirkshauptmannschaften, des Amtes der Landesregierung, der Berufs- und Landwirtschaftlichen Fachschulen und der NÖ Landeskindergärten, der sozialpädagogischen Betreuungszentren, der Straßenmeistereien und aller anderen Dienststellen, die massiv durch Corona belastet waren und noch immer sind.

Für Samstag, den 5. März, wurden umfangreiche Öffnungsschritte bekannt gegeben. Der Bevölkerung wird schon jetzt suggeriert, dass Corona vorbei sei. Man merkt dies auch, wenn man sich auf den Straßen und im öffentlichen Leben umsieht.

Corona ist jedoch für den öffentlichen Dienst ab 5. März leider NICHT vorbei, weil uns hier bis jetzt KEINE Änderungen in den Ministeriellen Vorgaben bekannt gegeben wurden und man weiterhin Contact-Tracing betreiben MUSS, obwohl dies auf Grund der Infektionszahlen und der kolportierten Öffnungsschritte nicht mehr zielführend ist. Es liegt auch nicht in der Kompetenz der Länder, die Gesetze und Verordnungen einfach nicht oder weniger umzusetzen, da man dadurch die Verpflichtung zum Vollzug der Gesetze nicht erfüllen würde.

Beim Contact-Tracing handelt sich halt leider nicht um „ein bissl Telefonieren“, wie man es gern da und dort hört, sondern um ein Ermittlungsverfahren, das mit einem Bescheid und damit ausgesprochenen freiheitsbeschränkenden Maßnahmen abschließt. **Es muss endlich nach 2 Jahren Pandemie eine Anpassung der Gesetze und Verordnungen durch den Gesundheitsminister mit dem Fokus einer Verwaltungsvereinfachung eingeleitet werden.**

Landespersonalvertretung
Mail: post.lpv@noel.gv.at
Tel.: 02742/9005
Fax: 02742/9005-13900
Internet: <http://www.lpv.co.at>
www.lpv.co.at/datenschutz
Landhausplatz 1, Haus 5
3109 St. Pölten

Es handelt sich bei einer Weiterführung von Contact-Tracing um eine weitgehend nutzlose Sisyphusarbeit, der Arbeitsanfall ist einfach nicht mehr zu bewältigen, die Bevölkerung kooperiert größtenteils nicht mehr und andere sinnvolle Tätigkeiten ganzer Behörden werden durch den massiven Arbeitsanfall blockiert. Der Großteil der Kollegenschaft aus allen Bereichen der Bezirkshauptmannschaften und auch aus dem Amt der Landesregierung wird hier eingesetzt. Dadurch entsteht in den ursprünglichen Verwaltungsbereichen Tag für Tag ein weiterer Rückstau. Auch andere Bereiche werden durch dieses sinnlose Contact-Tracing weiter belastet. So haben dadurch im Kindergarten- und Schulbereich die Kolleginnen und Kollegen einen massiven Mehraufwand und sind direkt den oft schon heftigen Aggressionen der Eltern bezüglich der noch immer vorhandenen Corona Maßnahmen ausgesetzt. Diese Aggressionen werden sich durch die massiven Öffnungsschritte noch verstärken. Das Bundesheer unterstützt in allen Bereichen, in denen es notwendig ist und die Soldaten fehlen dadurch – gerade in diesen unsicheren Zeiten – auf ihren angestammten Dienststellen. Auch die Polizei ist mit den Auswirkungen des Contact-Tracings und der damit verbundenen Kontrollen weiter beschäftigt und kann viele wichtige Tätigkeiten nicht im erforderlichen Umfang erledigen.

Wir fordern daher

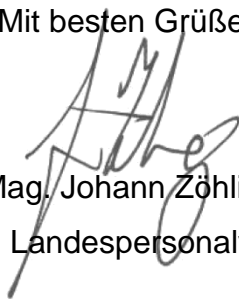
1. Sofortige Einstellung des Contact-Tracings, um endlich die Kolleginnen und Kollegen in den Behörden und auch andere vom Contact-Tracing Betroffene aus dem öffentlichen Dienst zu entlasten und in ihre ursprünglichen Tätigkeitsbereiche zurückzuführen.
2. Umstellung von **Absonderung von positiven Personen durch Bescheid** auf **Absonderung durch Verordnung**. Dadurch würde trotz einer MASSIVEN Verwaltungsvereinfachung eine verpflichtende selbst durchgeführte Absonderung von positiven Fällen erfolgen.
Nur im Falle eines Vergütungsansuchens eines Arbeitgebers wird von der Behörde für den Arbeitgeber eine Bestätigung über eine Absonderung ausgestellt.
3. Endlich eine offene Wertschätzung der Leistungen ALLER Bereiche des öffentlichen Dienstes, die zur Bewältigung der Krise beigetragen haben und noch beitragen.

Es ist unsere gesetzliche Pflicht als Landespersonalvertretung auf die weitere Belastung und drohende Überlastung unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich tagtäglich und unermüdlich für die Bekämpfung der Pandemie einsetzen, aufmerksam zu machen. Es ist absolut nicht akzeptabel, jene Stellen, die bereits seit fast zwei Jahren von den Medien und der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt gegen Corona ankämpfen, nun weiterhin be- und überlastet sein sollen, während der Rest von Österreich die Pandemie quasi beendet hat.

Nicht zu vergessen ist auch, dass Behörden schon jetzt – insbesondere die Bezirksverwaltungsbehörden – im Vollzug aller anderen in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Agenden eingeschränkt sind, weil man mit der Abarbeitung der Corona-Pandemie beschäftigt ist.

Abschließend wünsche ich ihnen alles Gute in ihrer neuen Funktion und hoffe, dass aus den genannten Gründen die genannten Forderungen so schnell als möglich umzusetzen und endlich für eine notwendige Entlastung und Verwaltungsvereinfachung zu sorgen.

Mit besten Grüßen



Mag. Johann Zöhling
Obmann Landespersonalvertretung